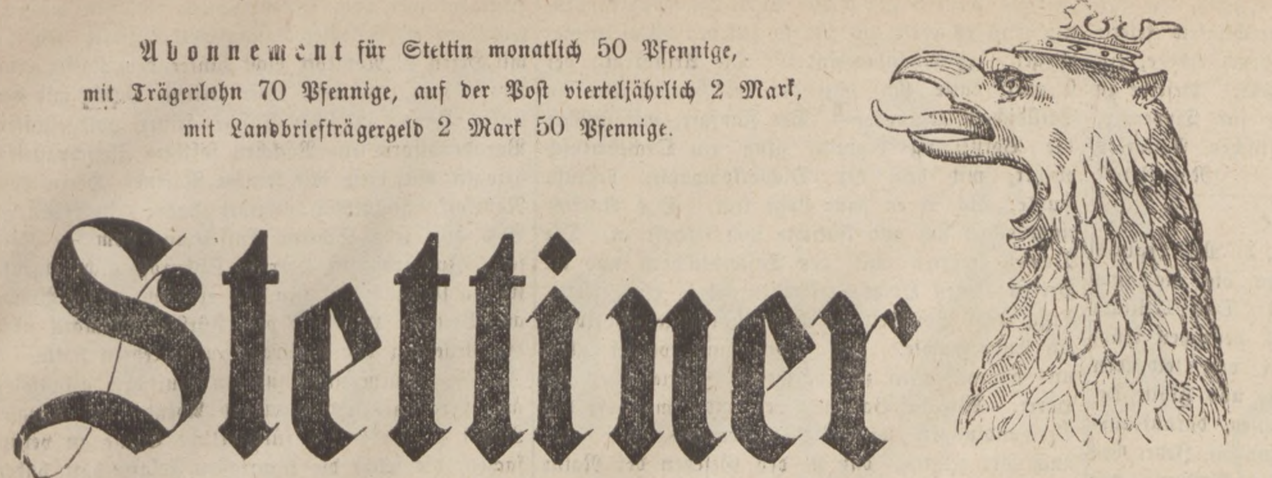
Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfennige, mit Trägerlohn 70 Pfennige, auf der Post vierteljährlich 2 Mark, mit Landbriefträgergeld 2 Mark 50 Pfennige.

Inserate: Die 4gespaltene Petitzeile 15 Pfennige.
Redaktion, Druck u. Verlag von R. Graßmann. Sprechstunden nur von 12 — 1
Stettin, Kirchplatz Nr. 3.



Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe. Sonnabend, den 7. Mai 1881. **Nr. 211.**

Deutschland.

Berlin, 6. Mai. Der Reichskanzler hat dem Bundesrath unterm 2. d. M. folgenden Gesetzentwurf, betreffend die Abänderung des Zolltarifs, zur Beschlußfassung vorgelegt:

§ 1. Der Zolltarif zu dem Gesetz, betreffend den Zolltarif des deutschen Zollgebiets und den Ertrag der Zölle und der Tabaksteuer, vom 15. Juli 1879 (Reichs-Gesetzbl. S. 207) wird in nachstehender Weise abgeändert: 1. An Stelle der Position f. der Nr. 9 treten folgende Bestimmungen: f) Weinbeeren, frische 15 M. für 100 Kilogr., g) Erzeugnisse des Landbaues anderweitig nicht genannt, frei. 2. Der Eingangszoll für Mühlenfabrikate aus Getreide und Hülsenfrüchten, nämlich: geschrotene oder geschälte Körner, Graupe, Gries, Grütze, Mehl, gewöhnliches Backwerk (Bäckerwaare), Nr. 25 q 2 des Tarifs, wird von 2 M. auf 3 M. für 100 Kilogr. erhöht. § 2. Dieses Gesetz tritt mit dem 1. Juli 1881 in Kraft.

In der dem Entwurfe beigegebenen Begründung wird im Wesentlichen Folgendes ausgeführt:

Der verhältnißmäßig kurze Zeitraum, welcher seit Einführung des Zolltarifs vom 15. Juli 1879 verflossen ist, wird dermalen zwar im Allgemeinen zu vorsichtiger Zurückhaltung in der Vornahme von Aenderungen einzelner Tarifsätze auffordern müssen; er würde aber auf der anderen Seite mit der Bedeutung des Tarifs für die Finanzen und die Entwickelung des wirthschaftlichen Lebens der Nation nicht im Einklange stehen, von Tarifänderungen auch da abzusehen, wo die vorliegenden Erfahrungen schon jetzt die volle Ueberzeugung gewähren, daß die geltenden Tarifbestimmungen wesentliche, eine baldige Beseitigung erheischende Mißstände im Gefolge haben. Wie von diesem Gesichtspunkte aus schon im Jahre 1880 die Aufhebung des Flachszolles angezeigt war, so sprechen zwingende Gründe dafür, ohne Aufschub eine weitere Aenderung des Zolltarifs hinsichtlich der Weinbeeren und der Mühlenfabrikate eintreten zu lassen. In Nr. 25 q 1 des Zolltarifs ist für Mühlenfabrikate aus Getreide und Hülsenfrüchten, insbesondere auch für Mehl, ein Zollsatz von 2 Mark für 100 Kilogr. festgesetzt. Derselbe entspricht zwar dem Vorschlage der verbündeten Regierungen in der Vorlage vom 4 April 1879. Indessen haben die Unterlagen dieses Vorschlages eine wesentliche Verschiebung insofern erfahren, als bei der Berathung des Tarifentwurfs im Reichstag der mit 0,50 M. für 100 Kilogramm in Aussicht genommene Zoll für Roggen auf 1 M. (den Zollsatz für Weizen) erhöht worden ist. Aus den Kreisen der Mühlenindustrie ist, insbesondere auch unter Hinweis auf diesen Umstand, lebhafte Klage darüber erhoben, daß der Mehlzoll dem Betrage der Getreidezölle gegenüber zu niedrig normirt, und der Mühlenindustrie deshalb der ihr gebührende Zollschutz in irgend zulänglichem Maße nicht zu Theil geworden sei. Es wird dabei hervorgehoben, daß die Einfuhr namentlich von Roggenmehl aus Frankreich und von Weizenmehl aus den Vereinigten Staaten von Amerika seit dem Inkrafttreten jener Zölle (1. Januar 1880) in erheblicher Steigerung begriffen sei.

— Die Innungskommission des Reichstags trat gestern in die zweite Lesung des Entwurfs ein, nachdem zuvor über die eingegangenen Petitionen referirt worden war. Bei dieser Gelegenheit wurde namentlich für die Bauhandwerker konservativerseits die Nothwendigkeit obligatorischer Meisterprüfungen betont, auch ein Antrag auf Regelung der Gefängnißarbeit angekündigt. Da die zweite Lesung den Liberalen von der konservativ-klerikalen Majorität der Kommission nur unter der Bedingung konzedirt worden war, daß sich diese zweite Lesung bloß auf einzelne Punkte erstrecke und nicht auf die ganze Vorlage, so hatten die Abgeordneten Baumbach und Genossen einen Antrag eingebracht, in welchem sie die Theile der Vorlage bezeichneten, auf welche sich diese zweite Lesung erstrecken sollte. Die konservativ-klerikale Mehrheit aber machte Schwierigkeiten, und es entspann sich eine sehr lebhafte Geschäftsordnungs-Debatte über die Zulassung und den Umfang dieser zweiten Lesung. Namentlich fürchteten die konservativen Kommissionsmitglieder für den berufenen § 100e, den sie in der ersten Lesung mit nur einer Stimme Majorität durchgebracht. Wirklich wurden auch einige der vorgeschlagenen Paragraphen durch Mehrheitsbeschluß von der zweiten Berathung abgesetzt, jedoch der § 100e, wenigstens in seinen bedenklichsten Theilen, zugelassen. Dagegen wurde auf Antrag des Abg. von Hertling auch § 97 zur zweiten Berathung gestellt, und in Ansehung des letzteren die Regierungsvorlage wieder hergestellt, wonach nicht nur Diejenigen, welche „gleiche oder verwandte“ Gewerbe, sondern Alle, welche überhaupt ein Gewerbe selbstständig betreiben, zu einer Innung zusammentreten können. Ein weiterer Antrag der Abgeordneten Baumbach und Genossen dagegen, nach welchem von einem Aufnahmesuchenden, der bereits vor einer anderen Innung desselben Gewerbes eine Aufnahmeprüfung bestanden habe, eine solche nicht nochmals verlangt werden solle, blieb ohne Majorität, da zehn Stimmen für und ebensoviel Stimmen gegen ihn abgegeben wurden.

— Der Nord-Ostsee-Kanal tritt anscheinend jetzt in ein neues Stadium. Man schreibt der „Tribüne“ in dieser Beziehung aus Kiel vom 5. d. M.:

Wir sind in der Lage mitzutheilen, daß das Haus Welles, Owen u. Elwes in London, vertreten durch Dr. Henry Bartling, bei der königlichen Staatsregierung um die Konzession zum Bau eines Dockhafens im großen Stile bei Glückstadt, sowie gleichzeitig um die Erlaubniß zur Vornahme der Vorarbeiten für einen Kanal Kiel-Glückstadt eingekommen ist Das Haus soll trefflich fundirt sein, ja, sich, wie die „Kieler Ztg.“ schreibt, für den Nachweis bereit erklärt haben, daß dasselbe die erforderlichen Geldmittel jederzeit verfügbar halte. Wir wissen ferner, daß die Kanalfrage in letzter Zeit in Marinekreisen vielfach erörtert worden, daß selbst von hier aus neuerdings in aller Stille Untersuchungen stattgehabt, welche zu durchaus günstigen Resultaten geführt haben. Es kommt endlich noch hinzu, daß die Regierung sich der Angelegenheit mit größerer Sympathie annimmt, als je zuvor. Da ein dieser Tage in Glückstadt zu erwartender Besuch des Herrn Oberpräsidenten Steinmann wenigstens zum Theil durch die Frage veranlaßt ist, so darf man wohl die beste Hoffnung für das schließliche Zustandekommen dieses in wirthschaftlicher, politischer und nationaler Hinsicht bisher noch viel zu wenig gewürdigten Werkes hegen!

— Der „Kölnischen Zeitung“ wird aus Berlin geschrieben:

Die Unteroffizierfrage ist, wie in sämmtlichen Armeen der europäischen Großmächte, auch bei uns noch immer eine brennende, trotzdem schon Manches geschehen ist, um die materielle Lage der Unteroffiziere zu verbessern und diese hierdurch von einem zu frühen Verlassen des Dienstes zurückzuhalten. Das Offizierkorps des 4. Infanterie-Regiments „König Karl von Württemberg“ ist nun gelegentlich seines 175jährigen Fahnenfestes selbstständig an die Lösung der Frage gegangen, indem es eine Stiftung im Betrage von 1200 M. mit der Bestimmung gegründet hat, daß die jährlich fällig werdenden Zinsen dieses Kapitals tüchtigen, geraume Zeit dienenden Unteroffizieren zu Gute kommen sollen. Wir lassen dahingestellt, ob alle Offizierkorps in der Lage sind, derartige Summen zu stiften und ob diese nicht im Großen und Ganzen doch zu gering sind. Jedenfalls wollen wir den Gedanken, welcher das genannte Offizierkorps geleitet hat, als einen glücklichen, fruchtbringenden bezeichnen, gleichviel von wem und wie das Kapital aufgebracht wird, ob aus Privat- oder Staatsmitteln. Jedenfalls sollte man selbst über die geringsten Stiftungen nicht abfällig urtheilen, weil sie ferneres „großmüthiges“ Kapital anziehen. Manch reicher Patriot entschließt sich schwer aus eigenem Antriebe zu einer solchen, aber Zuschüsse giebt er gern. Es ist das nun einmal so in der menschlichen Natur begründet!

— Prinzessin Stephanie ist mit ihren Eltern, dem König und der Königin der Belgier, gestern Nachmittag 4¼ Uhr in Salzburg eingetroffen und am Bahnhofe von dem Kronprinzen Rudolf, den Spitzen sämmtlicher Behörden und dem Erzbischof unter den jubelnden Zurufen der Bevölkerung empfangen worden. Durch die reichgeschmückte Stadt bildeten die Bergknappen, die Veteranen-Vereine, die Schützen, die Studenten, die Genossenschaften und die Halleiner Bürgergarde Spalier. Auf der ganzen Fahrt bis zum Schlosse wurden die Prinzessin, deren Eltern und der Kronprinz Rudolf von der Bevölkerung mit enthusiastischen Zurufen begrüßt. Um 6 Uhr fand im Schlosse ein Gala-Diner statt.

— Aus Paris erhält die „N.-Z.“ von ihrem Korrespondenten folgendes Telegramm:

Die heutige Plenarsitzung der Münzkonferenz dauerte von zwei bis sechs Uhr. Der deutsche Delegirte, Baron Thielemann, verlas zuvörderst eine Erklärung, in deren Einleitung es heißt:

Die kaiserliche Regierung, indem sie an der Konferenz theilnehme, gedenke, der Freiheit ihrer Entschließung nach keiner Richtung zu präjudiziren. Die Erklärung ihrer Delegirten dürfte daher nicht endgültig bindend sein, sondern würde nur als Grundlage für spätere Verhandlungen dienen können. Darauf wird eine kurze Uebersicht der deutschen Münzlage gegeben; in der Erklärung heißt es weiter, Deutschland erkenne an, daß die Rehabilitirung des Silbers erwünscht sei und sich durch eine Freigebung der Silberprägung in einer Anzahl der volkreichsten Staaten würde erreichen lassen. Deutschland selbst aber könne die Silberprägung nicht freigeben, doch wolle es anderen Staaten den Uebergang zur freien Silberprägung dadurch erleichtern, daß es einige Jahre hindurch gar kein Silber und eine Reihe von Jahren nur eine bestimmte geringe Quantität verkaufe. Eventuell könne Deutschland auch im eigenen Lande Platz für mehr Silber schaffen, indem es die goldenen Fünfmarkstücke und die Fünfmarkscheine einziehe und die silbernen Fünf- und Zweimarkstücke höherwerthig auspräge.

Auf diese mit ersichtlicher Befriedigung aufgenommene Erklärung folgten die Erklärungen der Delegirten von England, Kanada und Indien, welche darauf hinwiesen, daß sie über den Bimetallismus ihren Instruktionen gemäß nicht diskutiren dürfen. Der Vertreter Indiens, Lord Reay, sagte jedoch, daß die Regierung solche Vorschläge, die auf eine Rehabilitirung des Silberpreises abzielen, in Erwägung ziehen würde. Die Delegirten von Schweden und Norwegen, Dänemark, der Schweiz, Griechenland und Portugal gaben ihre Erklärungen im monometallistischen Sinne ab. Cernuschi erkannte an, daß Deutschlands Standpunkt im Jahre 1878 der von den Verhältnissen bedingte gewesen sei; er meine jedoch, daß die in der Erklärung der deutschen Delegirten enthaltenen Konzessionen nicht weitgehend genug sein würden, um die Gründung einer bimetallistischen Union zu ermöglichen und zwar um so weniger, als England sich absolut ablehnend verhalte und auch die Zusage Indiens nur eine sehr bedingte sei.

Darauf wurde von der Konferenz beschlossen, die Generaldiskussion am Sonnabend fortzusetzen und nach Schluß derselben abzustimmen, ob nicht angesichts der deutschen und englischen Deklarationen eine längere Vertagung der Konferenz einzutreten habe, damit die betheiligten Regiernngen nach eingehender Prüfung der Sachlage Stellung nehmen können. Es kann also als wahrscheinlich gelten, daß der Fragebogen der holländischen Delegirten gar nicht mehr zur Spezialberathung gelangt und die Vertagung bereits am Sonnabend erfolgt.

— Von einem ihrer Petersburger Korrespondenten erhält das „Berl. Tagebl.“ folgendes Privattelegramm:

Petersburg, 4. Mai. Der nihilistischer Umtriebe beschuldigte junge Großfürst Konstantin Constantinowitsch ist vor einigen Tagen von dem bei Petersburg belegenen Pawlowsk nach der Festung Dünaburg übergeführt worden, wo er auf kaiserlichen Befehl lebenslänglich als Gefangener internirt bleibt, weil ihm nachgewiesen worden ist, daß er speziell unter den Arbeitern der in der Nähe seines letzten Aufenthaltsorts, sowie seines eigenen Gutes gelegenen Fabriken nihilistische Propaganda getrieben hat. Außerdem ist er in Begleitung eines jüngst ebenfalls verhafteten ehemaligen Gendarmerie-Obersten mehrere Male in Arbeiterversammlungen zugegen gewesen und hat dabei unter angenommenem Namen aufrührerische Reden gehalten haben. Die Gemahlin des Großfürsten, bekanntlich die Tochter eines Geistlichen in Orenburg, soll die Erlaubniß erhalten haben, ihrem Gatten nach Dünaburg zu folgen.

— Der Prinz und die Prinzessin Wilhelm von Preußen trafen heute Vormittag 8½ Uhr von Potsdam hier ein, begaben sich sofort nach der Ankunft nach dem Anhaltischen Bahnhofe, von wo aus um 9 Uhr die Abreise nach Wien zur Beiwohnung der Hochzeitsfeierlichkeit erfolgt. Bei der Ankunft in Wien werden bereits die auf allerhöchsten Befehl zum Prinzen Wilhelm befohlenen Offiziere General-Lieutenant Frhr. v. Loë, Kommandeur der 5. Division, und Lieutenant Prinz Egon von Ratibor zum Empfange daselbst anwesend sein. — Ueber die Dauer des Aufenthaltes und den Tag der Rückkehr des Prinzen und der Prinzessin Wilhelm ist augenblicklich noch nichts Näheres bekannt.

Ausland.

Petersburg, 2. Mai. Die hiesige Universität feierte den Geburtstag des Kaisers Alexander II. durch ein Trauer- und Gedenkfest. Die Aula war unter Leitung des finnischen Malers Prof. A. v. Becker sinnig geschmückt Im Fond des Saales erhob sich zwischen prächtigen Gewächsen die Büste des verstorbenen Kaisers. Ueber der Büste schwebte wie ein Märtyreroval ein silberner Kranz und auf dem Piedestal hoben sich aus dem Grün die Initialen des Verstorbenen, ebenfalls aus Silber, hervor. Beide Seiten dieser Mitteldekoration und der Raum zwischen den Seitenfenstern war schwarz und weiß drapirt und mit weißen Blumen, grünen Guirlanden und Kränzen geschmückt. Außerdem verdeckten zwei Fenster weiße Vorhänge, von denen ein schwarzes Kreuz und Lorbeerkränze sich abhoben. Als das eingeladene Publikum, darunter die Studentenschaft in corpore, Platz genommen hatte, traten der General-Gouverneur und die höheren Beamten unter den Klängen des Trauermarsches von Hofmann in den Saal. Darauf stimmte der Chor, begleitet vom Orchester, einen Choral aus der „Matthäus-Passion“ von Bach an und sodann einen Choral aus dem „Requiem“ von Brahms. Die Festreden hielt der Rektor der Universität W. Lagus in schwedischer und Professor J. R. Danielson in finnischer Sprache. Der Rektor wies auf die ausgezeichnete Jugenderziehung Alexanders II. hin, woraus er dessen Liebe für die Wissenschaften ableitete, die der Verstorbene insbesondere auch während seiner Amtsfunktion als Kanzler der finnischen Universität bekundete. Professor Danielson feierte den Kaiser als großen Reformator Rußlands und zollte ihm einen warmen Tribut für die Entwickelung, die Finnland unter seiner Regierung genommen hat Alexander II. hätte sich hinsichtlich Finnlands das doppelte Verdienst erworben, daß er die Konstitution wieder in Kraft setzte und der finnischen Sprache zu ihrem Rechte verhalf. Nach dem Schluß der Reden und Vorträge von finnischen und schwedischen Gedichten sang der Chor noch einen Choral aus dem „Requiem“ von Brahms und das Publikum verließ den Saal unter den Klängen eines Trauermarsches.

Athen, 28. April. Ueber die Tendenzen des Königs Georg laufen in der europäischen Presse die widersprechendsten Gerüchte um. Sensationssüchtige Berichterstatter bezichtigen ihn, für nichts weniger als für den Krieg zu schwärmen. Andere stellen ihn sogar als gleichgültig gegen die hellenischen Nationalinteressen hin. Vorgestern hatte Ihr Berichterstatter die Ehre, von Sr. Majestät in besonderer Audienz empfangen zu werden. Die Unterhaltung, die in deutscher Sprache geführt wurde, erstreckte sich besonders auf militärische Fragen Ueber die Grenzaffaire schien sich der König absichtlich nicht aussprechen zu wollen. Allein aus seinen Worten konnte ich entnehmen, daß auch er noch nicht ganz von der Möglichkeit eines friedlichen Ausgleichs überzeugt ist. Bemerkenswerth waren die Aeußerungen Sr. Majestät über die deutsche Armee, deren unvergleichlichen Leistungen er Gerechtigkeit widerfahren ließ. Aus den Worten Sr. Majestät sprach eine gewisse Bitterkeit über die Haltung der europäischen Großmächte und der schlecht verhehlte Wunsch, recht bald aus diesem Dilemma herauszukommen.

Die Ernennung des Oberstlieutenant Valtinos zum Kriegsminister erfährt in der hiesigen Presse eine ungemein günstige Beurtheilung. Und das ist erklärlich, denn Valtinos gehört nicht nur zu den erfahrensten griechischen Offiziere, sondern er ist auch in seiner schwierigen Stellung kein Neuling mehr, sofern er das Portefeuille früher schon einmal und ausgezeichnet verwaltet hat. Von Chalcis laufen höchst beunruhigende Nachrichten ein. Unter dem mißlichen Eindruck, den die Veröffentlichung der griechischen Antwortnote vom 12. April hier erregt

hat, fand in der dortigen Garnison ein großes militärisches Pronunciamento statt, das beinahe mit einer Ueberrumpelung der Citadelle geendet hätte. Ueber tausend Soldaten zogen unter Anführung zweiter Unteroffiziere vor die Kommandantur, wo sie mit großem Geschrei gegen die friedliche Politik der jetzigen Regierung protestirten. Die ihnen vorangetragene Fahne trug die doppelte Inschrift: „Nieder mit den Verräthern! Es lebe der Krieg!" Die beiden Rädelsführer hielten auf dem Stadtplatze eine feurige Ansprache, welche von den Zuhörern mit stürmischem Beifall aufgenommen wurde. Man setzte sich eben gegen die Citadelle in Marsch, als es dem Kommandanten gelang, die beiden Rädelsführer festzunehmen und die Menge zu beschwichtigen. Aehnliche Kundgebungen werden auch aus dem Lager von Rhalia gemeldet. Auch hier in Athen gährt es, und falls das Ministerium seine Politik nicht bald mehr präzisirt, so ist sein Sturz unvermeidlich. In diesem Falle könnte es zu recht bedauerlichen Ausschreitungen kommen.

Wie ein hiesiges Blatt meldet, sind für die Kompletirung der grichischen Flotte nicht weniger als 56 Millionen bewilligt worden. Die vom Marineminister Bubulis entworfene Denkschrift, welche den Bau von 6 großen Panzerschiffen vorschlägt, ist vom Ministerkonseil gebilligt und vom König bestätigt worden. Außerdem verhandelt man noch immer in London über den Ankauf eines großen Kriegsschiffes, das dort von der chilenischen Regierung bestellt und nicht abgenommen war. Auch hat die Torpedoflottille durch Bestellung von fünf neuen Torpedobooten eine nicht unbeachtenswerthe Verstärkung erfahren. Griechenland scheint es sich vorgenommen zu haben, in Zukunft als Seemacht eine vielleicht wichtige Rolle im Orient und im Mittelmeere zu spielen. (Trib.)

London, 4. Mai. Die Konservativen sind entschlossen, der in Folge der Bradlaugh'schen Eidaffaire von der Regierung in Aussicht gestellten „Parlamentarischen Eidbill" äußerste Opposition entgegenzusetzen. Zunächst widersetzen sie sich dem Verlangen Gladstone's, daß die Bill in möglichster Eile durchgebracht werde, um die Zeit zur Berathung der irischen Landbill frei zu behalten. Sir Stafford Northcote, der als unbestrittener Führer der Opposition anerkannt wird, erklärte, die Würde des Hauses erfordere, daß es in dieser Frage nicht in „hot hoste" vorgehe. Das Haupt der sogenannten vierten Partei, Lord Randolph Churchill, beschuldigte die Regierung, mit ihrem Vorschlage „der Vergewaltigung und dem Pöbelgesetze" Konzessionen zu machen, es sei das Ergebniß eines Abkommens zwischen dem Premier und dem Kanzler für das Herzogthum Lancaster einerseits und den beiden Abgeordneten für Northampton andererseits, sowie der Furcht, daß Herr Bradlaugh Tag für Tag im Hause erscheinen, seinen Sitz beanspruchen und dabei mit dem Sergeant-at-arms ein dummes Jungenspiel (game of romps) aufführen würde. Das Haus solle übertölpelt und gezwungen werden, seine während der letzten Session getroffene Entscheidung umzuwerfen. Das Endergebniß in dieser Streitfrage liegt bei Sir Stafford Northcote. Die „Times" meint, von der Art und Weise, wie er sich hierbei stelle, werde sein Ruf als Parteiführer abhängen. Der „Standard", welcher sich immer mehr als das Organ der liberal-konservativen Zukunftspartei gerirt, erinnert daran, daß John Stuart Mill auch nicht an die „theistische Hypothese" glaubte und die Moral seiner Autobiographie in die Worte: „Es giebt keinen Gott, aber das bleibt ein Familiengeheimniß" zusammengefaßt worden sei — aber er sei nicht ehrgeizig noch vulgärer Notorietät gewesen. Bradlaugh habe durch seine Bereitwilligkeit den Eid zu leisten gezeigt, daß seine Glaubensskrupel keinen Werth haben, und man dürfe wohl erwarten, daß das Haus diesen Umstand nicht außer Acht lassen werde.

Die Regierung fühlt sich anscheinend sicher, die Bill trotz der Opposition durchzubringen. „Daily News" bemerkt, daß Bradlaugh nicht auf die Dauer von dem Hause ausgeschlossen werden könne, da Northampton, wie Desdemona in Bezug auf Othello „Augen hatte und ihn wählte" ihn immer wieder senden werde. Sir Henry James, der Attorneygeneral, gab bei Einbringung der Eidbill einen kurzen Ueberblick über den Stand der Frage und betonte, daß bei dem gegenwärtigen Gesetz Niemand verhindert werden könne, den Eid zu leisten und daher eine gesetzgeberische Maßregel nothwendig sei, um eine Profanation, über welche man sich beklage, zu verhüten. Es sei nicht beabsichtigt, ein neues Thor in das Haus zu öffnen, sondern nur das vorhandene zu erweitern. Die Bill werde Jedermann frei stellen, statt eines Eides eine Erklärung abzugeben.

Durch diese Eidfrage wird der Fortgang der zweiten Lesung der irischen Landbill sehr verzögert. Die Konservativen haben dieser Bill gegenüber ihre Taktik schon geändert. Während sie Anfangs durch ein von Lord John Manners eingebrachtes Amendement das Prinzip der Bill indirekt anerkannten, scheinen sie jetzt entschlossen zu sein, die Vorlage ganz abzulehnen. Lord Elcho bezeichnete das Amendement „vague und unsicher", erklärte sich aber bereit, jede auf gesunden Prinzipien basirte Maßregel zu Gunsten der irischen Pächter in Erwägung zu ziehen; die Vorlage jedoch sei nach der Ansicht des Hauses wirthschaftlich falsch, ungerecht und unpolitisch.

Auch die irischen Abgeordneten haben sich über ihre Haltung in Bezug auf die Bill noch nicht entschieden, sie werden sich, zumal nach der Verhaftung Dillon's, wohl für die Ablehnung pur et simple entscheiden. Es war in der That, wie Parnell bemerkte, eine eigene Art von Ironie, daß in dem Augenblicke, wo das eine Mitglied für Tipperary, der Homeruler Patrik Smyth, die Bill als eine große Maßregel der Gerechtigkeit feierte und jedes Mitglied, das den Anspruch erhebe, ein Freund Irlands zu sein, aufforderte, dieselbe zu unterstützen, das andere Mitglied für Tipperary, Dillon, wegen seiner leidenschaftlichen Agitation gegen die Bill verhaftet wurde. (Nat.-Z.)

Provinzielles.

Stettin, 7. Mai. Am 15. d. M. beginnt im Militärkurhause zu Warmbrunn die bis zum 1. Oktober währende Kurperiode. Das Militärkurhaus ist im Jahre 1864 von deutschen Bürgern gestiftet und zur Aufnahme von leidenden Angehörigen der preußischen Armee und Flotte bestimmt. Wir wollen nicht unterlassen, darauf aufmerksam zu machen, daß zur Aufnahme Jeder berechtigt ist, der, in gleichviel welcher Stellung, der preußischen Armee oder Flotte angehört oder angehört hat, der Offizier sowohl wie der ehemals einjährig Freiwillige, der Berufssoldat, wie Derjenige, der im Heere nur zur Genügung seiner Militärpflicht vorübergehend gedient hat. Alle, die jemals des Kaisers Rock getragen, finden im Militärkurhause gegen Zahlung von täglich 1 Mk. 50 Pf., 2 Mk. 25 Pf. resp. 3 Mk. Wohnung und Verpflegung, auch wenn sie zur Kräftigung ihrer Gesundheit nur die wunderbar heilkräftige Luft des Hirschberger Thals genießen wollen.

— Das Amtsblatt der königlichen Regierung veröffentlicht in einer Extra-Beilage zur letzten Nummer das Reichsgesetz zur Abwehr und Unterdrückung der Viehseuchen vom 23. Juni 1880.

— Wer den Reiz einer Wasserpartie mit dem einer interessanten Fußpromenade verbinden will, findet kaum bessere Gelegenheit dazu, als wenn er per Dampfboot nach Gotzlow fährt und dann den ca. 20 Minuten dauernden Weg nach dem hübsch gelegenen Glienken unternimmt. Man hat zur Rechten stets den freien Blick auf die Oder mit ihren Brüchen und den Dammschen See — und zur Linken den Julo in nächster Nähe. Sehr rasch ist die Zeit verstrichen und man befindet sich in dem Fischerdorf Glienken, das dem Laien des Fischergewerbes manches Neue und Sehenswerthe bietet, da die Anfertigung der Netze, Reusen rc. von den Bewohnern vor ihren Häusern vorgenommen wird. Das dortige Schützenhaus, dicht an der Oder belegen, kann den Besuchern und Freunden eines stillen, ruhigen Plätzchens wohl empfohlen werden; auch in diesem Jahre hat der Inhaber desselben, Herr Bathke, wieder verschiedene Verbesserungen vorgenommen. Die nach unterhalb der Oder gelegenen Orten gehenden Dampfer legen fast alle in Glienken an, die Messenthiner regelmäßig auf der Hin- und Rückfahrt, so daß reichlich Gelegenheit geboten ist, auch den ganzen Weg zu Wasser zurückzulegen.

— Der Herrn Olwig gehörige Schießstand im Julo ist neuerdings nach den bewährtesten praktischen Grundsätzen umgestaltet und bei der bereits erfolgten Abnahme durch den Herrn Amtsvorsteher für gut und vollkommen sicher befunden worden. Die Verbindung zwischen Scheibe und Schießstand wird durch einen Telegraphen hergestellt. Sonach dürfte der Schießstand auf dem Julo dem der hiesigen Schützengilde kaum etwas nachgeben. Die Herren Scharfschützen werden daher voraussichtlich den jetzt im schönsten Grün prangenden Julo zur Abhaltung ihrer Schießübungen mit Vorliebe aufsuchen.

— Personal-Chronik. Der bisherige Reiseprediger Fürer ist zum Pastor in Ziethen, Synode Wolgast, ernannt und in dieses Amt eingeführt worden. — Der bisherige Predigtamts-Kandidat Thimm ist zum Pastor in Sommin, Synode Bütow, ernannt und in dieses Amt eingeführt worden. — Die Pfarrstelle in Semerow, Synode Schivelbein, Privatpatronats mit 3 Kirchen, kommt in Folge der Emeritirung des bisherigen Inhabers zum 1. Oktober d. J. zur Erledigung. Das Einkommen beträgt exkl. Wohnungsnutzung 2039 Mark. — Die Pfarrstelle in Symbow, Synode Stadt Stolp, ein Unikum, Privatpatronats, kommt in Folge der Emeritirung des bisherigen Inhabers zum 1. April 1882 zur Erledigung. Das Einkommen der Stelle beträgt exkl. Wohnungswerth 2686 Mark. — Die Pfarrstelle in Carow, Synode Regenwalde, Privatpatronats mit 2 Kirchen, kommt in Folge der Emeritirung des bisherigen Inhabers zum 1. Oktober d. J. zur Erledigung. Das Einkommen exkl. Wohnungsnutzung beträgt 2625 Mark. — Die Pfarrstelle in Schurow, Synode Altstadt Stolp, Privatpatronats mit 2 Kirchen und 1 Kapelle, kommt in Folge der Versetzung des Inhabers zum 1. Juli d. J. zur Erledigung und ist sofort wieder zu besetzen. Das Einkommen beträgt exkl. Wohnungsnutzung 2281 Mark. — In Labes ist der Konrektor Paul Venzlaff und in Stettin der Hauptlehrer Bader fest angestellt. — In Demmin ist die Lehrerin Fräulein Hertel provisorisch angestellt. — In Wangerin, Synode Labes, ist der Lehrer Koeller, in Gartz a. O. der Lehrer Marggraf, in Hasseldorf, Synode Demmin, der Lehrer Abendroth, in Pflugrade, Synode Gollnow, der Küster und Schullehrer Koch, in Pritznow, Synode Treptow a. Toll., der Schullehrer Benn, in Zeinicke, Synode Freienwalde, der zweite Lehrer Kohls, in Hohenholz, Synode Penkun, der Küster und Schullehrer Rohse und in Wangerin, Synode Treptow a. Rega, der Schullehrer Freise provisorisch angestellt.

Kunst und Literatur.

Berlin. Im Viktoria-Theater begann am Donnerstag der erste Cyklus des Richard Wagnerschen Festspieles „Der Ring des Nibelungen" mit dem „Rheingold". — Es hatte sich dazu ein vollzähliges und so gewähltes Publikum eingefunden, wie man es eben nur bei so seltenen Kunstdarbietungen bei einander findet. Die Aristokratie der Geburt hatte sich mit der des Geistes hier ein Stelldichein gegeben. — Der Fanfare, mit welcher die Vorstellung begann, ging ein Orchestertusch vorher, mit dem der Dichterkomponist begrüßt wurde, als er in seine Loge trat. Das Auditorium erhob sich und klatschte ihm lebhaft zu. Die Damen wehten mit den Taschentüchern und die Herren ließen Hochs erschallen, bis ein zweiter Tusch dem Vorspiele zu dem Nibelungen-Vorspiele ein Ende machte. Die Vorstellung verlief glatt und wie es schien zu allgemeiner Zufriedenheit der Hörer. Wie in Baireuth verwandte man bei den Verwandlungen wieder Wasserdämpfe, die aber auch hier zeigten, daß sie den Gesetzen der Natur mehr gehorchen, als den Intentionen des Regisseurs. — Den ersten lauten Beifall errang sich Herr Vogel als „Loge" bei der prächtigen Kantilene, wo er die Macht der Liebe besingt, der Alles gehorcht auf Erden, in Wasser und Luft. Nach dem ersten Akt — denn das Stück wird hier in zwei Akten gegeben — rief man die Darsteller, dann wieder am Schluß des Ganzen. Wagner hörte der Vorstellung meist neben seiner Gattin an der Seitenwand der Loge stehend zu. In derselben befand sich noch Fräulein v Bülow, Wagners Stieftochter, und Graf Wolckenstein. — Als die Hochrufe am Schlusse kein Ende nehmen wollten, trat Wagner, Scaria und Vogel an der Hand, vor, und dankte. Den wackeren Künstlern, sagte er, gelte der Beifall, für den auch er herzlich dankbar sei. In seinem Sinne hätten die Sänger das Werk recht glücklich begonnen, so daß gutes Gelingen des Ganzen zu hoffen stände. Zwar nicht mit Pracht, aber doch mit Macht — nämlich mit der Macht der Kunst — sei der schöne Anfang gemacht. (B. T.)

Vermischtes.

Berlin. Als der Reichskanzler vor einigen Tagen die Linden entlang und weiter nach dem Schlosse zu fuhr, stürzte auf dem Opernplatze das eine seiner Wagenpferde und war vom Kutscher nicht wieder auf die Beine zu bringen. Da eilte der vorübergehende Müllergeselle Trost hinzu und griff so thatkräftig mit ein, daß das Thier unverletzt sich erheben konnte. Fürst Bismarck wollte die geleistete Hülfe mit einem Goldstück belohnen, doch Trost, der übrigens den Reichskanzler nicht erkannte, wies das Geld mit den Worten zurück: „Nein, mein Herr, bei uns in Sachsen (Trost ist nämlich aus Erfurt gebürtig) nennt man das Menschenpflicht und nimmt keine Bezahlung dafür!" Dem Fürsten imponirte dieser Stolz und er ließ Namen und Wohnung des Mannes notiren, worauf er unter Dankesworten den Trost entließ und seinen Wagen wieder bestieg. — Am Montag Vormittag erschien nun ein Schutzmann in der Wohnung des Trost und forderte ihn auf, sofort mit seinen Legitimationspapieren nach dem Polizei-Büreau an der Friedrichsgracht zu kommen. Hier theilte ihm der Polizei-Lieutenant mit, daß auch nach seiner Heimath eine Anfrage über sein Vorleben ergangen sei. Falle dieselbe günstig aus, so beabsichtige der Reichskanzler, ihn in seine Dienste zu nehmen. Und eine schlechte Stellung wird er dem noblen Sachsen sicher nicht als Belohnung anbieten.

— Am Freitag voriger Woche wurde in Dortmund der „Lebensbitterfabrikant" Helmich, der ein gesundheitsgefährliches Schnapsgebräu mit solchem Erfolge an den Mann gebracht hat, daß er mit nichts anfangend jetzt einer der wohlhabendsten Männer der genannten Stadt ist und das schönste Gespann mit einem prachtvollen Landauer besitzt, von der dortigen Strafkammer zu 4 Monaten Gefängniß verurtheilt. Helmich suchte sich damit zu entschuldigen, daß er den „Lebensbittern" für unschuldig gehalten habe, da ihm die Herren Dr. Theobald Werner in Breslau, der königl. preuß. Apotheker I. Kl. Dr. Heß und der Medizinalrath Dr. Müller, beide in Berlin, dies bescheinigt hätten. Die drei Herren hätten sich selbst an ihn gewandt und er habe für die Gutachten per Stück 60—75 Mark bezahlt. Noch ist es nicht vergessen, daß der Karlsruher Gesundheitsrath einige dieser Herren s. Z. auf den Leim lockte und von ihnen für eine ganz und gar wirkungslose Komposition die wunderbarsten Erfolge gegen Krankheiten aller Art attestirt bekam. Wir möchten nun fragen: Ist es damit genug, daß das Treiben solcher Herren, die ihren Titel zu offenbarem Betruge des Publikums mißbrauchen, blos entlarvt werde? Oder hat nicht der Staat die Pflicht, in solchen Fällen die Dummen, die ja leider nie alle werden, zu schützen und die Reklamezeugnißfabrikanten wegen Vorspiegelung falscher Thatsachen zu belangen? In diesem Falle attestirten sie die völlige Schadlosigkeit eines Gebräus, das nach dem Gutachten des Medizinalraths Prof. Dr. Karsch in Münster 16,6 Prozent Aloe enthielt, somit ungemein schädlich wirke und in der Hand des Laien geradezu Gift sei. Wir glauben nicht, daß man einem so schamlosen Treiben seitens des Staates ruhig zusehen darf, sondern daß derselbe die heilige Pflicht hat, mit den schärfsten Mitteln gegen derartigen Volksbetrug einzuschreiten.

(B. B.-C.)

— (Verhängnißvolle Pastetchen.) Etwas Anderes ist Pasteten backen und Pasteten essen. Menzikoff, der gewaltige russiche Staatsmann, hat sich bekanntlich vom Pastetenbäckerjungen zu seinem hohen Posten emporgearbeitet; über Herrn v. Saburoff dagegen, den bisherigen russischen Minister, erzählt ein dem Anscheine nach gut unterrichteter Korrespondent des „Pester Lloyd", dieser hohe Würdenträger habe seinen Posten verlassen müssen, weil er bei der Beerdigung des Kaisers, wo er mit Herrn v. Novikoff dicht hinter dem Kaiser eine Krone trug, während einer kleinen Pause mit der linken Hand aus der Tasche seiner goldgestickten Paradeuniform ein Päckchen saftiger Fleischpasteten gezogen und diese mit seinem Partner, Herrn von Novikoff, gemüthlich verzehrt habe; ein reizendes Bild auf zehn Schritte Entfernung vom — Kaiser. Immerhin ist Herr v. Saburoff nicht eigentlich in Ungnade gefallen, da er noch vorige Woche am Berliner Hofe mit dem Fürsten Bismarck über die Regelung der Asylfrage zu verkehren hatte.

— Einem nichtsnutzigen Burschen gelang es am vergangenen Sonnabend Abend im Theater Royal zu Leeds eine fürchterliche Szene zu verursachen, die leicht die traurigsten Folgen hätte haben können. Er schloß, als das Publikum das Theater verließ, die Auswege von der Gallerie und löschte dann die Gasflammen aus. Dadurch entstand auf der Treppe ein solches Gedränge, daß Hunderte zu Boden geworfen und mit Füßen getreten wurden. Gegen 20 Personen trugen mehr oder weniger erhebliche Quetschungen und innere Verletzungen davon. Der Taugenichts, welcher das Unheil anrichtete, wurde verhaftet.

Telegraphische Depeschen.

Dresden, 6. Mai. Der Prinz und die Prinzessin Wilhelm von Preußen sind heute hier eingetroffen und von dem Prinzen Günther von Schleswig-Holstein und dem preußischen Gesandten am Bahnhofe empfangen worden.

Paris, 5. Mai. Die in der heutigen Sitzung der Münzkonferenz von den Delegirten verlesenen Erklärungen enthalten mehr oder weniger wichtige Vorbehalte. Der französische Delegirte Cernuschi betonte die Nothwendigkeit, sich mit Deutschland zu verständigen. Die Erklärung der deutschen Delegirten soll auf den Antrag des italienischen Delegirten Seismit Doda gedruckt und morgen zur Vertheilung gebracht werden.

Paris, 6. Mai Bei dem gestern zur Feier des Jahrestages der Abschaffung der Sklaverei abgehaltenen Banket brachte Gambetta einen Toast auf alle französischen Staatsangehörigen jenseits des Meeres ohne Unterschied der Race und der Farbe aus, und erinnerte daran, daß die Republik von 1848 die Sklaverei in den Kolonien abgeschafft und die Republik von 1870 daselbst das allgemeine Stimmrecht eingeführt habe.

Paris, 6. Mai. Die „Ag. Havas" meldet aus Ragusa: Ali Bey von Gussinje hat sich dem türkischen Oberkommandirenden, Derwisch Pascha, unterworfen; Derwisch Pascha beabsichtigt, sich demnächst nach Skutari zu begeben.

Aus Tunis verlautet gerüchtweise, die Krumirs hätten eine große Versammlung abgehalten und darin beschlossen, bis aufs Aeußerste Widerstand zu leisten.

Petersburg, 6. Mai. Gestern wurde der außerordentliche persische Botschafter Sipeh Salar Azem Mirza Hussein Khan vom Kaiser in feierlicher Audienz empfangen und alsdann der Kaiserin vorgestellt. Der Botschafter überreichte dem Kaiser ein eigenhändiges Schreiben des Schahs nebst einem prachtvollen Ehrensäbel. Nach der Ueberreichung desselben stellte Hussein Khan auch sein Gefolge dem Kaiser vor. Für die Mitglieder der Botschaft fand später ein Dejeuner statt.

Rom, 5. Mai. Die Deputirtenkammer hat heute die Generaldebatte über die Wahlreform geschlossen.

Der Papst hat den früheren Khedive, Ismail Pascha, empfangen.

Mailand, 5. Mai. Die Nationalausstellung ist heute durch den König und die Königin eröffnet worden.

London, 5. Mai. Oberhaus. Der Staatssekretär des Auswärtigen, Lord Granville, gedenkt in beredten Worten des großen Verlustes, den das Haus durch den Tod Lord Beaconsfields erlitten habe, sein Tod werde nicht blos von der durch ihn geführten Majorität, sondern auch von der Minorität des Oberhauses, die oft wider seine Politik gekämpft habe, auf das Tiefste betrauert. Er behalte sich vor, am nächsten Montag bei Gelegenheit des Antrages auf Errichtung eines Denkmals für Lord Beaconsfield seinen persönlichen Gefühlen weiteren Ausdruck zu geben. Der Herzog von Richmond beklagte das Hinscheiden Lord Beaconsfields Namens der Konservativen. Von Lord Granville wurde demnächst ein Dankesvotum des Hauses für die Generale und Offiziere und für die Armee in Afghanistan beantragt, Lord Cranbrook unterstützte den Antrag, der einstimmig angenommen wurde.

Unterhaus. Lord Hartington beantragte ein Dankesvotum für die Generale, die Offiziere und die Armee in Afghanistan. Der Deputirte Healy beantragte die Ablehnung des Antrags, weil der Krieg ein ungerechter sei. Der Antrag Healy's wurde mit 304 gegen 20 Stimmen abgelehnt, das Dankesvotum wurde angenommen.

London, 5. Mai. Der Beginn der Verhandlungen in dem Prozesse gegen den Redakteur des Journals „Freiheit", Most, ist auf den Antrag des Anwalts Most's bis zu dem folgenden Assisengericht verschoben worden.

London, 6. Mai. Die der Homeruler-Partei angehörigen Deputirten hielten gestern eine Versammlung ab, in welcher mit geringer Majorität beschlossen wurde, nicht für die zweite Lesung der irischen Landbill zu stimmen, sondern das Haus vorher zu verlassen. Parnell hatte erklärt, er würde die Führerschaft der Partei niederlegen, falls dieser Beschluß nicht gefaßt werden sollte.